

Öffentliche Sitzung
des Verwaltungsausschusses/Haushaltsausschusses
am Mittwoch, den 04.11.2020
im Leutze-Saal des Congress-Centrums Stadtgarten

Beginn: 16:05 Uhr

Ende: 19:39 Uhr

Anwesend:

Verwaltung

Herr Oberbürgermeister Richard Arnold

Herr Bürgermeister Julius Mihm

Gremienmitglied

Herr Stadtrat Johannes Barth

Herr Stadtrat Alfred Baumhauer

Frau Stadträtin Dorothea Feuerle

Herr Stadtrat Christian Krieg

Herr Stadtrat Thomas Maihöfer

Herr Stadtrat Paul Schneider

Herr Stadtrat David Sopp

Frau Stadträtin Dr. Birgit Stahl

Frau Stadträtin Brigitte Weiß

Herr Stadtrat Gabriel Baum

Frau Stadträtin Gertraude von Streit

Herr Stadtrat Dr. Uwe Beck

Herr Stadtrat Alessandro Lieb

Herr Stadtrat Tim-Luka Schwab

Herr Stadtrat Johannes Zengerle

Herr Stadtrat Sebastian Fritz

Herr Stadtrat Alexander Relea-Linder

Frau Stadträtin Karin Rauscher

Frau Stadträtin Brigitte Abele

Herr Stadtrat Ullrich Lothar Dombrowski

Ortsvorsteher

Herr Ortsvorsteher Josef Heissenberger

Herr Ortsvorsteher Gerd Zischka

Verwaltung

Herr René Bantel

Frau Ramona Baur

Herr Alexander Groll

Herr Ralph Häcker

Herr Gerhard Hackner

Herr Gerd Hägele

Herr Wolfram Hub

Frau Claudia Kohler

Herr Reinhard Langer

Herr Friedrich Mayer

Herr Helmut Ott

Herr Thomas Ringel

Herr Michael Schaumann
Herr Dr. David Schnur
Schriftführerin
Frau Melanie Bihlmaier

Abwesend:

Gremienmitglied
Herr Stadtrat Christian Baron
Frau Stadträtin Daniela Dinser
Frau Stadträtin Sigrid Heusel

Tagesordnung

=====

- 1** Haushalts- und Finanzplanung 2021 - aktueller Stand
- 2** Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
hier: Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum
- 3** Fremdvergabe/Eigenbesorgung im Bereich Grünpflege, Winterdienst und Reinigung der städtischen Gebäude
- 4** Neuausschreibung im Kopier-, Druck- und Telefaxbereich für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und die Schwäbisch Gmünder Schulen
hier: Vergabe der Lieferung, Einrichtung und Wartung der Geräte nach VOL
- 5** Festival Europäische Kirchenmusik
- Abschlussbericht zum Festival 2020
- Planansatz für das Festival 2022
- 6** Bekanntgaben
- 6.1** Sitzungstermine 2021
- 6.2** Kündigung des Stadtarchivleiters
- 6.3** Arbeitslosigkeit - Aktuelle Zahlen
- 6.4** Reaktivierung Verbindungsstrecke Schwäbisch Gmünd - Göppingen
- 7** Anfragen
- 7.1** Überfüllte Busse

Oberbürgermeister Arnold begrüßt die Mitglieder, die Presse und die Gäste recht herzlich zur öffentlichen Sitzung. Vor Eintritt in die Tagesordnung erläutert er die aktuellen Entwicklungen der Corona-Pandemie. Er führt aus, dass die Zahlen und damit die Inzidenz steige, heute sei man im Ostalbkreis bei 118 Fällen pro 100.000 Einwohnern, gestern noch bei 97. Gestern seien es 32 aktive Fälle in Schwäbisch Gmünd gewesen, in Ellwangen 46 und in Aalen 76. Es sei nun ein Maßnahmenpaket beschlossen worden sowie die überarbeitete Verordnung, die man als Ortspolizeibehörde anzuwenden habe. In diesen Kontext gehöre nicht nur der Brief, den er mit zusammen mit 34 anderen Oberbürgermeistern gemacht habe. Da gehörten auch zwei Themen der Touristik & Marketing GmbH hinein, die von dieser vorbereitet wurden. Zum einen der Weihnachtsmarkt, zum anderen die Eisbahn. Nach der gegenwärtigen Verordnung würden sich beide Vorhaben schwierig gestalten. Man wisse nicht, wie es im Dezember weitergehe. Die erste Adventswoche falle weg, daher würden die Kosten auf 40.000 Euro steigen, da man 7.000 Euro weniger Einnahmen habe. Würden die geltenden Regelungen verlängert werden, würden sich die Kosten auf 60.000 Euro belaufen. Die Devise sei, die Kontakte zu reduzieren. Die Standbetreiber bräuchten Klarheit. Zum Thema Eisbahn äußert er, dass nach jetziger Lage maximal eine Person auf das Eis dürfe. Da man keine Perspektive habe, werde es schwierig werden. Die Gastronomie sei geschlossen, die 450-Euro-Jobber würden nichts verdienen, die Händler dürften offen haben, hätten jedoch nur 20 Prozent des Umsatzes.

Herr Herrmann ergänzt, dass man in einer schwierigen Entscheidungssituation stehe. Man habe momentan die Situation, dass vor allem die Innenstadt durch den kleinen Lockdown sehr stark belastet sei. Vor allem, dass man keine Perspektive habe und nicht wisse, wie es weitergehe, sei schwierig. Dies sei der Tatsache geschuldet, dass man die Entwicklung der Zahlen nicht kenne. Im Aufsichtsrat habe man ein Signal gesetzt, dass man alles, was geht, tue, um die Innenstadt lebendig zu halten. Es falle ihm schwer, den Optimismus im Dezember weiter zu haben, man habe vor allem finanzielle Risiken. Zum anderen habe man eine Verantwortung gegenüber den Partnern. Diesen könne man nicht kurzfristig absagen. Wenn man absage, werde sich die Touristik und Marketing GmbH bemühen, punktuell Angebote zu machen, die sich zeitlich beschränken und die unter Corona-Gesichtspunkten darstellbar und kontrollierbar seien. Weiterhin wolle man eine Winterkultur-/Kleinkunsthandwerk-Veranstaltung im Blick behalten. Man wolle im Januar Kabarettisten eine Auftrittsmöglichkeit bieten, aber auch dies sei nicht einfach, da die Partner teilweise aus dem Ausland kämen. Es seien schwierige Zeiten im Veranstaltungsbereich, man müsse schauen, ob man lokale, zeitlich begrenzte Angebote realisieren könne. Man könne beispielsweise gemeinsam mit einem Skiverein in der Umgebung eine Mattenschanz-Aktion auf dem Marktplatz machen. Dies ersetze nicht dem Markt, aber man habe dann zumindest ein bisschen Frequenz. Wenn man hier keine Planungssicherheit von der Politik in nächster Zeit bekomme, sehe er für das nächste Jahr schwarz.

Oberbürgermeister Arnold äußert, dass die Perspektivlosigkeit müde mache. Diese werde sich auch in der Innenstadt bemerkbar machen.

Stadtrat Barth/CDU erläutert als Vertreter von Pro Gmünd, dass die Lage in der Gastronomie sehr schwierig sei, viele stoße der vierwöchige Lockdown an die Grenzen. Wie und wann die versprochene Hilfe komme, wisse man nicht. Wie es mit denjenigen sei, die weiterhin einen Lieferservice anbieten und die Personal in Kurzarbeit schicken, wisse man auch nicht. Er dankt Oberbürgermeister Arnold und den anderen für den Brief an den Ministerpräsidenten. Die Gastronomie sei sicher nicht der Ursprung der Hotspots. Wenn es schwarze Schafe gegeben habe, müsse man diese kontrollieren. Eine Kollektivschuld sei falsch. Man könne nicht Anforderungen an die Gastronomie stellen, die sie umsetzen und teuer kaufen und dann nach einiger Zeit sagen, dass man schließe. Es werde sicherlich einige im neuen Jahr nicht mehr geben. Man könne nur appellieren, dass man in der Gastronomie die Chance der Öffnung bekomme. Der Virus sei

da und man müsse lernen, mit diesem zu leben. Die Leute würden sich sonst nur an das Internet gewöhnen, dies habe auch Auswirkungen auf den Einzelhandel. Als Stadtrat bringt er zum Ausdruck, dass das mit dem Weihnachtsmarkt und der Eisbahn sehr traurig sei, da man ein gutes Konzept gehabt habe. Auch dies falle weg, dies müsse man akzeptieren. Es mache jedoch keinen Sinn zu planen, wenn man nicht wisse, ob man es betreiben könne. Daher plädiere man für eine Absage.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen führt aus, dass die Lage nicht so sei, dass man sich zurücklehnen könne. Die Maßnahmen seien nötig, auch wenn sie sicher nicht alle zufriedenstellen können. Tatsache sei, dass es beschlossen wurde und die Aussicht, dass sich durch den Brief nochmal etwas ändere, sei sehr gering gewesen. Das Engagement ehre den Oberbürgermeister und dessen Kollegen. Aber im Moment könne der Brief gar keine Aussicht auf Erfolg haben, da die Beschlusslage klar gewesen sei, vor allem die Lage im Bereich der Infektionen habe ein entschlossenes und solideres Handeln nötig gemacht. Wohin der in dem Brief beschriebene Weg führe, habe die Fraktion nicht verstanden. Die Aussage, dass sich in der Gastronomie niemand anstecke, könne man nicht überprüfen. Er bittet Oberbürgermeister Arnold um einen Vorschlag, wie aus seiner Sicht stattdessen mit der Pandemie umgegangen werden solle. Bildungseinrichtungen zu schließen sei keine Option. Auch die Schließung des Einzelhandels sei keine Option. Eine Ausgangssperre wolle niemand haben. Er gehe davon aus, dass Oberbürgermeister Arnold kein Freund von besonderen Maßnahmen für die jeweiligen Altersgruppen sei. Er würde sich freuen, wenn Oberbürgermeister Arnold mit seinem Einfluss und seinem Talent, Menschen mitzunehmen, die Solidarität der Jungen und Alten einhole. Beim Weihnachtsmarkt und der Eisbahn sehe er keine Möglichkeit zur Aufrechterhaltung. Er finde die Idee gut, Alternativen zu entwickeln.

Stadtrat Dr. Beck/SPD schließt sich den Ausführungen der Vorredner an. Die Perspektivlosigkeit mache nicht nur mürrisch, sondern depressiv. Er habe mit der Entscheidung bereits vor längerem gerechnet. Es wäre wundersam, wenn alle Veranstaltungen in der Umgebung abgesagt werden und Schwäbisch Gmünd sie durchziehe. Man trage eine Absage mit, es soll jedoch nach Alternativen gesucht werden.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass ein weiteres Festhalten am Weihnachtsmarkt und der Eisbahn keinen Sinn mache. Man solle sich über Alternativangebote Gedanken machen. Er regt außerdem an, die Gastronomen durch entsprechende Hinweise auf Liefer- und Abholdienste auf der Homepage zu unterstützen. Wünschenswert wäre, dies auch mit dem Einzelhandel zu machen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen bedauert, dass die Gastronomie und Kultur geschlossen worden seien. An der Situation könne man dennoch nichts ändern. Die Eisbahn und den Weihnachtsmarkt müsse man absagen. Jedoch dürfe man es nicht ganz so pessimistisch sehen und solle Fantasie walten lassen. Die Schanze sei eine gute Idee. Man könne außerdem überlegen, ob man Grundschulen und Kindergärten zum Laternenbasteln aktiviere und diese dann an bestimmten Plätzen aufstellen. Eventuell gebe es auch von Seiten des Schattentheaters einen Impuls. Es sei alles sehr unsicher.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass es an der Fantasie nicht fehle.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste führt aus, dass der Weihnachtsmarkt und die Eisbahn abgesagt werden müssten. Es sei eine schwierige Situation. Sie persönlich habe den Brief an den Ministerpräsidenten sehr gut gefunden. Sie hoffe, dass die übergeordnete Politik sich umentscheide und

man einen sehr kleinen Weihnachtsmarkt machen könne. Die Gastronomen könnten Außen-gastronomie mit Heizpilzen betreiben. Ihr erschließe sich nicht, wie man sich im Kino oder im Theater anstecken könne. Sie hoffe, dass man in der Weihnachtszeit noch etwas erreichen könne.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass der Weihnachtsmarkt in der geplanten Form nicht durchgeführt werden könne. Man müsse abwarten, was im Dezember auf einen zukomme. Die Frage sei, welcher Maßstab angelegt werde, die Infiziertenzahl niedrig zu halten oder die schwer Erkrankten zu versorgen. Er sei nicht der, der es vorgebe. Man müsse jedoch alle Aspekte beleuchten und im Lichte derer abwägen und die Entscheidung treffen. Auch er trage Verantwortung, eine Stadtgesellschaft mitzunehmen. In der Abwägung komme zu kurz, was es für all diejenigen bedeute, die in der Stadtgesellschaft arbeiten. Die, die versuchen, mit der Pandemie zu leben und Freude in den Alltag zu bringen, würden zu kurz kommen. Im März habe man keine Erfahrungen gehabt, daher sei der Lockdown nötig gewesen. Der Sommer habe in die Hände gespielt. Es sei daher keine Überraschung gewesen, dass die Zahlen gesunken seien. Man habe von kommunaler Seite geschaut, wie man mit dem im Herbst und Winter umgehe. Man habe hier vorausgedacht und geplant, ohne dass diese Treiber der Pandemie gewesen seien. Dies hätten das Robert-Koch-Institut und das Landesgesundheitsamt bestätigt. Vor allem private Feiern hätten eine Rolle bei der Ausbreitung der Pandemie gespielt. Wenn so weitreichende Maßnahmen beschlossen werden, müsse man gehört werden. Man habe gezeigt, wie es gehe und nicht, wie es nicht gehe. Man habe nicht darüber gesprochen, was der Maßstab für das Durchhalten des Marathons sei. Diese Punkte müssten in die Abwägung mit einbezogen werden. Er akzeptiere die Entscheidung, aber man mahne an und appelliere nach Stuttgart und nach Berlin, um die Zeit zu nutzen, um ab Dezember eine Perspektive zu haben, die es erlaube, ins Frühjahr zu planen. Dies könne auch bedeuten, dass man wegkommen müsse von der Zahl der Infizierten und der Kontaktnachverfolgung über das Telefon. Die Kontaktverfolgung funktioniere nicht mehr, daher müsse man sich Gedanken machen, was man stattdessen machen könne. Als Maßstab könne beispielsweise auch dienen, wie viele schwere Verläufe man habe. Daraus könne man schließen, wie viele Intensivbetten benötigt werden. Was bringe einem ein leeres Intensivbett, wenn es kein Personal gebe. Warum unterhalte man sich nicht darüber, wie man medizinisches Personal anlerne oder kompensiere. Die Milliarden, die man für dieses und jenes ausbebe, wären dort besser angelegt. Es sei nicht so, dass es kein Personal gebe, das bereit wäre. Wenn jemand nicht die Meinung der Mehrheit vertrete, solle dieser auch gehört werden und die Auseinandersetzung solle geführt werden. Eine Mehrheit mache nicht die Wahrheit und führe zur Polarisierung. Wenn 80 Prozent die Mehrheit akzeptieren, heiße es nicht, dass diese wahr sei. Er werbe dafür, dass man Meinungen äußere und sich austausche und nicht ausgrenze. Es sehe so aus, als ob es eine Mehrheit der Vernunft und eine Minderheit der Unvernunft gebe. Dies müsse bekehrt werden. Es gebe auch keine Korrelation zwischen den Ländern, die den stärksten Lockdown gehabt hätten und jetzt die geringsten Zahlen. Die, die den stärksten Lockdown haben, hätten jetzt die höheren Zahlen. Sein Appell sei, dass man die vier Wochen nun nutze, um sich über eine längerfristige Strategie Gedanken zu machen und darüber zu sprechen, was die Maßstäbe seien. Es gehe ihm auch darum, dass man eine Gesellschaft sei, zu der Bereiche gehören (Kulturschaffende, Gastronomen), die wichtig seien. Eine Trennung zwischen systemrelevant und nicht systemrelevant halte er nicht für zielführend, diese Bereiche seien genauso wichtig. Am Ende solle eine Entscheidung stehen, die einen Willens- und Abwägungsprozess hinter sich habe. Die Lebenswirklichkeit in der Stadt sei eine andere als in der Staatskanzlei oder auf Bundesebene. Umso wichtig sei es, dass alle miteinander reden und die Entscheidung im Lichte des Gehörtwerdens aller getroffen werde.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für die Ausführungen. Die Auseinandersetzung über Wege, wie man die Gesellschaft zusammenhalte, könne er unterstreichen. Er wisse, dass jeder, der handle, Fehler mache. Alte Menschen wegzusperren sei ein Fehler gewesen. Er wünsche sich, dass man Maßnahmen und Wege finde, um gut zusammen durch diese Pandemie zu kommen. Daher fände er es sehr gut, wenn der Appell öffentlich vom Gemeinderat ausgehe, die Solidarität in Schwäbisch Gmünd zu unterstützen und Informationssysteme eingeführt werden, die es einfacher machen, die Gastronomie vor Ort zu unterstützen.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei Stadtrat Baum für dessen Bemühen, Brücken zu bauen und alles zusammenzuhalten.

Herr Herrmann bedankt sich für die klare Meinungsäußerung und die Rückendeckung. Er nehme daraus mit, dass der Gemeinderat die Absage des Weihnachtsmarktes und der Eisbahn mit Bedauern mittrage. Man komme nächstes Jahr mit einer klimafreundlicheren Eisbahn. Er bedankt sich für die Anregungen, die die Partner stärken, entsprechende Online-Angebote bringe man zusammen mit den Tageszeitungen und dem Landkreis auf den Weg. Ein regionaler Schulterschluss sei sehr wichtig. Er freue sich über neue Ideen. Er regt an, Weihnachtsgeschenke in diesem Jahr ausschließlich im Einzelhandel zu kaufen. Viele Weihnachtsfeiern würden ausfallen, was sich negativ auf die Gastronomie auswirke. Daher werbe er dafür, den Mitarbeitenden einen Essensgutschein zu schenken. Das Projekt im Januar werde man positiv weiterverfolgen.

Nachdem die Beratungen zur Absage des Weihnachtsmarktes und der Eisbahn abgeschlossen sind, stellt Oberbürgermeister Arnold die Beschlussfähigkeit und die ordnungsgemäße Ladung fest und erkundigt sich, ob Anmerkungen zur Tagesordnung vorliegen.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE beantragt die Verschiebung des dritten Tagesordnungspunktes. Dieser beinhalte zwei Beschlussanträge. Beschlussantrag Nr. 1 beziehe sich auf den Antrag der Fraktion, der im Rahmen der nichthaushaltswirksamen Anträge gestellt worden sei. Hier habe man besprochen, dass das Thema in einer gesonderten Gruppe beraten und ausführlich diskutiert werde. Dies habe nicht stattgefunden, daher sei man nun überrascht über diese Vorlage. Beim Beschlussantrag Nr. 2 sieht er eine europaweite Ausschreibung als Voraussetzung, die hier nicht gegeben sei.

Oberbürgermeister Arnold stellt den Antrag der Fraktion zur Abstimmung.

Mehrheitlich (8 Für-Stimmen 10 Gegenstimmen, 1 Enthaltung), lehnen die Mitglieder den Antrag der Fraktion DIE LINKE ab. Der Tagesordnungspunkt wird daher in der Sitzung behandelt.

zu 1 Haushalts- und Finanzplanung 2021 - aktueller Stand

Protokoll:

Herr Bantel erläutert die aktuelle Situation (siehe Anlage).

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 20

**zu 2 Satzung zur Änderung der Hauptsatzung
hier: Durchführung von Sitzungen ohne persönliche Anwesenheit der Mitglieder im Sitzungsraum
Vorlage: 208/2020**

Protokoll:

Herr Ott erläutert den Sachverhalt.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen findet die Anpassung richtig.

Stadtrat Dr. Beck/SPD erkundigt sich nach der Einflussmöglichkeit des Gemeinderats in die Entscheidung, wie die Sitzungen durchgeführt werden.

Herr Ott antwortet, dass der Text so landesweit vom Innenministerium und dem Städtetag vorgeschlagen worden sei. Ansonsten ändere sich am Verfahren nach der Gemeindeordnung nichts.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen macht auf die Bedeutung der Hauptsatzung aufmerksam und bittet um Vorlage des Gesetzestextes.

Stadtrat Baumhauer/CDU liest § 37a der Gemeindeordnung vor.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste erkundigt sich nach der Durchführbarkeit von Videositzungen in den Stadtteilen, da die Ortschaftsräte nicht mit iPads ausgestattet seien.

Herr Ott antwortet, dass man die iPads für die Ortschaftsräte im Haushaltsplan 2021 vorgesehen habe.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10

**zu 3 Fremdvergabe/Eigenbesorgung im Bereich Grünpflege, Winterdienst und
Reinigung der städtischen Gebäude
Vorlage: 206/2020**

Protokoll:

Herr Ott erläutert, dass die Fraktion „DIE LINKE“ vor 3 Wochen explizit nachgefragt habe. Daher habe man sich bemüht, alles Wesentliche zusammenzustellen. Er blickt ins Jahr 2000 und die fortfolgenden Jahre zurück, damals habe man eine schwierige Haushaltssituation gehabt. Mehrere Haushaltsstrukturkommissionen hätten stattgefunden und die Verwaltung erhielt vom Gemeinderat jährlich, teilweise auch unter-

jährig den Auftrag, die Personalkosten zu senken, kreativ zu sein und teilweise auch Leistungen für Wettbewerber nach außen zu vergeben. Man habe verschiedene Maßnahmen beleuchtet. Im Reinigungsbereich seien die Fehlzeiten sehr hoch gewesen. Die Kosten konnten in den vergangenen Jahren um fast eine Million Euro jährlich verringert werden, Fehlzeiten seien um die Hälfte reduziert worden. Viele Betriebe in der Region hätten dieses Thema aufgegriffen, hätten sich vergrößert, hätten investiert und sich damit eine Existenz aufgebaut. Man habe sich mit dem Gemeinderat als es der Stadt finanziell wieder besser ging, auf ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Eigenbesorgung und Fremdvergabe geeinigt. Man sollte dies nun aufgrund der aktuellen Haushaltssituation, aber auch aufgrund der Existenzen von Firmen diskutieren. Falls man den Weg nicht beibehalte, benötige man etwa zwei Millionen Euro jährlich zusätzlich.

Herr Langer erläutert den Reinigungsbereich.

Herr Mayer ergänzt die Ausführungen um den Bereich des Baubetriebsamtes.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei allen Beteiligten.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen ist der Überzeugung, dass man den Beschlussantrag in den Gemeinderat verweisen solle, da die finanzielle Bedeutung den Verantwortungsbereich des Verwaltungsausschusses übersteige. Außerdem müsse man nicht über Bestehendes beschließen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Antrag der Fraktion DIE LINKE beinhaltet, dass man künftig weniger fremdvergeben solle.

Herr Ott führt aus, dass man heute nicht entscheide, ob man zwei Millionen in den Haushalt einstelle, sondern über einen nichthaushaltswirksamen Antrag entscheide.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es lediglich um die Systematik gehe.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass es um einen Bericht ginge. Dieser sei nun in der Sitzung abgegeben worden. Hierzu nehme man auch noch Stellung. Die Entscheidung, ob dieses System beibehalten werde, solle im Gemeinderat gefällt werden.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man am 18.11.2020 im Gemeinderat darüber entscheiden werde.

Stadtrat Fritz/DIE LINKE verspürt eine gewisse Gereiztheit auf der Seite der Verwaltungsspitze. Der Antrag komme nicht alle paar Wochen, sondern einmal im Jahr. Es gehe um wichtige Dinge. Es gebe inhaltliche Argumente. In einer früheren Diskussion habe der Oberbürgermeister selbst gesagt, dass er es für problematisch halte. Man habe ein Problem mit diesem Verhältnis. Daher wolle man es nun diskutieren. Man habe es im Rahmen der nichthaushaltswirksamen Anträgen gemacht, weil es sukzessive gemacht werden solle. Die Finanzlage sei der Fraktion bewusst. Herr Dr. Bläse habe damals zugesagt, dass es eine Diskussion gebe. Stadtrat Relea-Linder habe nach einem Sachstandsbericht gefragt und nicht nach einer Vorlage. Er bittet daher um eine Vertagung, um in einer separaten Runde zu diskutieren.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass über den Vertagungsantrag bereits entschieden sei. Dieser stehe damit nicht mehr zur Debatte.

Stadtrat Barth/CDU äußert, dass man jedes Jahr das gleiche Thema habe. Die Verwaltung habe die Alternativlosigkeit aufgezeigt. Alternativlos, weil es praktisch gut funktioniere und man es sich auch nicht anders leisten könne. Man dürfe keine Versprechungen machen, die man nicht einhalten könne. Man müsse mit der Kirche im Dorf bleiben. Die Fraktion solle dann auch vorschlagen, wie man es finanzieren wolle. Die CDU-Fraktion stehe hinter der Verwaltung, dies so zu belassen.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen bedankt sich für den Bericht. Nicht ausreichend berücksichtigt worden seien die Tariftreue und alles, was damit zusammenhänge. Über die prekäre Beschäftigung müsse man sich nicht grundsätzlich Gedanken machen. Es seien alle Tätigkeiten, mit denen man kein Haus bauen könne. Es gebe einen Tarif, es gebe einen Mindestlohn. Auch der sei nicht ausreichend für eine Altersvorsorge, aber es sei eine gesetzliche Grundlage. Es gebe Zweifel an der Kontrolle. Er wolle nicht das ganz große Fass aufmachen, wenn Firmen mit Menschen fürchterlich umgehen. Für ihn bleibe jedoch die Frage offen, ob die Firmen alles einhalten könnten und dies auch tun. Aus eigener Erfahrung wisse er, dass die Reinigungskräfte mit der Zeit nicht hinkommen. Dieser Punkt mache es schwierig. Daher müsse es kontrolliert werden. Die Fraktion sei sich nicht einig. Man sei nicht grundsätzlich gegen Fremdvergaben. Das geltende Recht müsse verlässlich eingehalten werden.

Herr Langer antwortet, dass man die Leistungen ausschreibe. Er könne nicht mehr als die Auskömmlichkeit, die Preise und die Machbarkeit der Leistungen prüfen. Man stehe im Wettbewerb, er sei nicht berechtigt, den teuersten zu nehmen, sondern er müsse die Wirtschaftlichkeit prüfen. Die Tariflöhne müssen eingehalten werden. Man habe überwiegend Firmen aus der Umgebung, man arbeite extrem regional. Im Bereich Unterhaltsreinigung habe man keine Subunternehmen.

Herr Mayer ergänzt, dass man kein Recht darauf habe, den tatsächlichen Lohn der Mitarbeitenden des Auftragnehmers zu prüfen. Man prüfe das, was möglich sei. In der Grünpflege habe man ein anderes Lohnniveau, ca. 18 Euro für einen Facharbeiter und ca. 15 Euro für einen Helfer.

Stadtrat Lieb/SPD erläutert, dass es aus seiner Sicht ein sehr wichtiges Thema sei. Man habe eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern und der Stadt. Es stelle die Stadt als Arbeitgeber dar. Das Thema sei nicht alternativlos. Es gehe um ordentliche Arbeitsplätze und ordentliche Bezahlung. Man solle als Stadt zeigen, dass man auch in schweren Zeiten einen sicheren Arbeitsplatz gewährleiste. Man könne nicht alles auf die Kosten reduzieren. Wenn die Verwaltung zusichere, das Thema umfassender anzugehen, sei man bereit, sich hier einzubringen.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass man vor 20 Jahren den Grundsatzbeschluss getroffen habe. Auch jetzt steuere man auf schwierige Zeiten zu. Man habe ein großes Paket, das man im Haushalt bewerkstelligen müsse. Bei einer anderen Orientierung müsse man an anderer Stelle sparen. Man müsse es komplett neu aufbauen, hierzu würden die finanziellen Mittel fehlen. Sie findet den vorge-

schlagenen Weg, im Gemeinderat zu beschließen, richtig.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich und führt aus, dass es wichtig gewesen sei, dass die aktuellen Zahlen vorliegen. Wichtig sei auch, dass die Balance zwischen Eigenleistung und Fremdvergabe stimme. Diesen Weg wolle er gerne bestätigt haben. Ansonsten seien auch alle Mitarbeitenden verunsichert, wie sie damit umgehen sollen.

Stadtrat Dombrowski/Die Bürgerliste findet es paradox, dass man sich in Zeiten einer zunehmenden wirtschaftlichen Enge mit diesem Thema befasse. Es sei richtig, dass die Stadt eine Verantwortung gegenüber ihren Mitarbeitenden habe, diese nehme sie auch wahr. Andererseits sei es zu einfach zu sagen, dass es andere Lösungen gebe. Hier müsse die antragstellende Fraktion konkrete Informationen liefern. Man müsse mit den Steuergeldern verantwortungsvoll umgehen. Dazu gehöre auch die Entlohnung der Mitarbeitenden, insbesondere auch das Ausgleichssystem. Die Rechte der Stadt seien begrenzt, man habe auch andere Bereiche, die sich beispielsweise um die Kontrollen kümmerge. Man versuche, dass man das Bestmögliche für die Mitarbeitenden der Fremdfirmen erreiche. Die Kontrollen müssten aber auch durch den Zoll und auch durch die Mitarbeitenden selbst erfolgen. Die Stadt könne nicht kontrollieren, ob die tarifliche Zusicherung eingehalten werde. Man halte daher den vorgeschlagenen Weg der Verwaltung für richtig.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE äußert, dass Herr Dr. Bläse damals gemeint hatte, dass man darüber in einem anderen Rahmen diskutieren wolle. Daher habe er die Verwaltung nochmals nach dem aktuellen Stand gefragt. Bürgermeister Mihm wollte es klären, nun habe man den Beschlussantrag vorliegen. Dies ärgere die Fraktion, da man das Thema breit diskutieren wollte. Begrüßenswert sei, dass man dem Vorschlag von Stadtrat Baum folge. Leistung müsse sich lohnen. Wenn man 10,80 EUR pro Stunde als Reinigungsfachkraft verdiene, dann könne man dies der Stadtgesellschaft, den Bürgern und den Steuerzahlern nicht erklären. Diese Personen müsse man aufstocken bei der Rente, es bleibe daher bei den Steuerzahlern hängen. Er verstehe den Antrag nicht als Maximalforderung, die problematische wirtschaftliche Lage sehe man auch. Man wolle aber in einen Prozess einsteigen. Er möchte gerne ein politisches Zeichen setzen. Gerne diskutiere die Fraktion über ein anderes Verhältnis zum Beispiel 70 Prozent Eigenbesorgung und 30 Prozent Fremdvergabe.

Oberbürgermeister Arnold fordert die Fraktion auf, dass entsprechende Vorschläge kommen sollten, wenn man es vertieft diskutiere. Man habe bereits Verbesserungen erreicht. Außerdem müssten Vorschläge kommen wie es finanziert werde.

Stadtrat Lieb/SPD findet, dass man sich weiter verbessern könne. Es gehe darum, die aktuelle Situation anzugehen. Es gehe nicht um eine Maximalforderung, sondern um eine prozentuale Verbesserung. Man solle das Thema ergebnisoffen angehen. Man habe eine Verantwortung gegenüber den Menschen.

Oberbürgermeister Arnold fasst zusammen, dass es notwendig und richtig sei, die Debatte zu führen. Am Schluss gehe es jedoch ums Geld. Es müsse dann ein Vorschlag kommen, wo man das Geld dann wegnehme.

Stadtrat Christian Krieg/CDU findet es wichtig und richtig, dass man über das Perso-

nal spreche. Der Aspekt wie es sich auf den Haushalt auswirke, komme ihm zu kurz. Man müsse nicht nur die Personal-, sondern auch die Maschinenkosten berücksichtigen. Man habe außerdem auch Landwirte, die den Winterdienst unterstützen.

Oberbürgermeister Arnold bestätigt, dass es um Maschinen und Material gehe. Hier habe man einen großen Nachholbedarf beim Bauhof. Man habe Landwirte beschäftigt. Bei den Firmen habe man ebenfalls regionale Firmen, hier brauche es dann auch Alternativen.

Herr Mayer antwortet, dass die Landwirte über den Maschinenring eingesetzt würden. Diese seien vorwiegend im Sommer tätig, beispielsweise bei den Regenüberlaufbecken. Im Winter habe man keine Landwirte beschäftigt, da diese an größeren Flächen interessiert seien. Bei den Maschinenkosten komme es darauf an, was man künftig in Eigenleistung übernehmen wolle. Man sei davon ausgegangen, dass man bei der Straßenbegleitbegrünung, bei den Kindergärten, den Feuerwehrhäuser sowie den Bezirksämtern die Aufgaben zurückhole, bei denen man keine großen Maschinen benötige. Diese Kosten seien in der Vorlage aufgeführt. Beim Gießen benötige man beispielsweise einen Traktor für 150.000 Euro sowie ein Fass. Allein für das Baumgießen seien es 180.000 Euro, die Pferdegießerin habe man dann noch nicht abgedeckt. Bei der Sportplatzpflege würden 400.000 bis 500.000 Euro für Maschinen anfallen.

Oberbürgermeister Arnold wiederholt, dass es nicht nur um das Personal, sondern auch um die Gerätschaften gehe. Dies sei auch so in der Vorlage aufgeführt.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen erkundigt sich, in welchem Umfang man a.l.s.o. und den Werkhof Ost beauftrage. Man habe dort zwar auch keine hohen Löhne, aber man habe auf dem zweiten Arbeitsmarkt etwas getan. Er bittet darum, auch die neuesten Ausschreibungsunterlagen an die Fraktionen oder an alle zu verteilen.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass man die Fragen klären werde. Die Ausschreibungsunterlagen lasse man den Mitgliedern des Gemeinderats zukommen.

Herr Mayer erläutert Ziffer 2 des Beschlussantrags.

Stadtrat Lieb/SPD schlägt vor, beide Beschlussanträge am 18.11.2020 im Gemeinderat zu behandeln.

Herr Ott führt aus, dass der Verwaltungsausschuss für Vergaben bis 500.000 EUR zuständig sei.

Stadtrat Barth/CDU erläutert, dass man heute über Beschlussantrag Nr. 2 abstimmen könne.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig (1 Enthaltung) fassen die Mitglieder nachstehenden

Beschluss:

Die Sportplatzpflege und Regenerationsarbeiten an Sportplätzen werden für ein weiteres Jahr vom 01.04.2021 bis 31.03.2022 an die Firma Hermann Kutter in Memmingen zum Preis vom 373.832,20 € pro Jahr vergeben.

Der Beschlussantrag bezüglich des Verhältnisses zwischen Fremdvergaben/Eigenbesorgung wird an den Gemeinderat zur Beschlussfassung am 18.11.2020 verwiesen.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.2, 65, 68
nachrichtlich an Amt:

- zu 4 Neuausschreibung im Kopier-, Druck- und Telefaxbereich für die Stadtverwaltung Schwäbisch Gmünd und die Schwäbisch Gmünder Schulen
hier: Vergabe der Lieferung, Einrichtung und Wartung der Geräte nach VOL
Vorlage: 207/2020**

Protokoll:

Herr Dolle erläutert den Sachverhalt.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.3

- zu 5 Festival Europäische Kirchenmusik
- Abschlussbericht zum Festival 2020
- Planansatz für das Festival 2022
Vorlage: 194/2020**

Protokoll:

Herr Häcker und Herr Stemmler stellen den Sachverhalt vor. Außerdem wird der Jahresrückblick anhand eines Videos präsentiert.

Stadtrat Baumhauer/CDU bedankt sich für die Präsentation und den Vortrag. Die CDU-Fraktion stimme dem Beschlussantrag zu. Ihm sei wichtig, dass man die Festivaldauer verlängere. Wichtig sei, dass die Musiker und Ensembles zu dem Geld kommen, das dieses Jahr fehle. Wenn mehr angeboten werde, sei es wenigstens ein gewisser Ausgleich für die Künstler.

Stadträtin von Streit/Bündnis 90/Die Grünen äußert, dass das Festival Europäische

Kirchenmusik ein Highlight und nicht mehr wegzudenken sei. Dass ein Alternativprogramm im Jahr 2020 angeboten worden sei, verdiene großen Respekt. Man sehe, wie schwierige Situationen kreative Ideen hervorbringen. Man wünsche sich, dass es 2021 wieder anders sein werde. Gerade für Menschen im kulturellen Bereich sei es eine schwierige Situation aktuell. Man stimme daher dem Antrag zu.

Stadtrat Dr. Beck/SPD bedankt sich für das Festival unter erschwerten Bedingungen. Man sei voller Vorfreude auf das Festival im nächsten Jahr.

Stadtrat Relea-Linder/DIE LINKE schließt sich den Vorrednern an. Er bedankt sich für die Kreativität und Spontanität. Er weist auf die Orgelpfeifenpatenschaften für die Augustinus-Kirche hin.

Stadträtin Rauscher/Freie Wähler Frauen führt aus, dass sich das Festival Europäische Kirchenmusik auch im Krisenmodus bewährt habe. Das Stadtglockenkonzert sei ein Highlight gewesen. Es sei eine besondere Atmosphäre gewesen. Sie bedankt sich für die Ideenvielfalt.

Stadträtin Abele/Die Bürgerliste schließt sich den Vorrednern an. Sie hoffe darauf, dass es im nächsten Jahr normal zur Sache gehe. Sie regt an, in den kommenden Jahren auch etwas zu planen, dass sich nicht auf die Kirchenmusik beschränke, so dass sich auch anderer Künstler wieder einem größeren Publikum präsentieren könnten.

Herr Herrmann antwortet, dass man in diesem Sommer ein hervorragendes Konzert im Himmelsgarten gemacht habe. Die Corona-Rahmenbedingungen seien jedoch so, dass es finanziell schwierig sei.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 41

zu 6 Bekanntgaben

zu 6.1 Sitzungstermine 2021

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold gibt den Sitzungsplan für 2021 (siehe Anlage) bekannt. Außerdem erläutert er, dass die meisten Städte aufgrund übergeordneter Termine am Donnerstag tagen. Ab der neuen Legislaturperiode im Jahr 2024 werde der Sit-

zungstag dann donnerstags sein.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 10.1
nachrichtlich an Amt:

zu 6.2 Kündigung des Stadtarchivleiters

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold bedauert, dass der Leiter des Stadtarchivs, Herr Dr. David Schnur, die Stadt Schwäbisch Gmünd verlässt.

Herr Dr. Schnur führt aus, dass in den letzten 2,5 Jahren im Stadtarchiv sehr viel gelaufen sei. Man sei in die Digitalisierung eingestiegen, man habe intern viel umsetzen können. Corona habe gezeigt, dass er vier Stunden von den Großeltern und Geschwistern weg wohne. Dies sei eine große Hürde, eine enorme Entfernung. In dem Moment sei eine passende Stelle im Landesarchiv in Saarbrücken ausgeschrieben gewesen. Er bedankt sich für das Vertrauen des Gemeinderats und der Ämter. Das Archiv sei sehr gut aufgestellt. Ihm sei wichtig, dass es so weitergehe, die passenden Strukturen seien vorhanden.

Oberbürgermeister Arnold bedankt sich bei Herrn Dr. Schnur für seine geleistete Arbeit.

Stadtrat Baum/Bündnis 90/Die Grünen zollt Herrn Dr. Schnur großen Respekt. Er dankt ihm im Namen des gesamten Gemeinderats. Er könne die Situation verstehen und wünscht Herrn Dr. Schnur alles Gute für die Zukunft.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.2

zu 6.3 Arbeitslosigkeit - Aktuelle Zahlen

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass die Arbeitslosenquote in Schwäbisch Gmünd 4,5 Prozent betrage. Im Vergleich zum Vorjahr sei ein Anstieg um 1,1 Prozent zu verzeichnen. Bei den unter 25-Jährigen würde der Anstieg 1,2 Prozent betragen, dies seien 92 Jugendliche mehr als im Vorjahr.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 10.4

zu 6.4 Reaktivierung Verbindungsstrecke Schwäbisch Gmünd - Göppingen

Protokoll:

Oberbürgermeister Arnold erläutert, dass der Wiederaufbau der Bahnstrecke zwischen Göppingen und Schwäbisch Gmünd durch eine Machbarkeitsstudie geprüft werden solle. Dabei solle das Nachfragepotenzial, aber auch der ökologische Mehrwert beleuchtet werden. Die Studie werde zu 75 Prozent vom Land bezahlt. Es müsse auch berücksichtigt werden, dass die Strecke einen hohen Freizeitwert habe. Die Vereinbarkeit müsse daher geprüft werden. Es müsse nicht zwingend ein Zug sein, auch andere Mobilitätsformen seien denkbar.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt: 3, 60, 30
nachrichtlich an Amt:

zu 7 Anfragen

zu 7.1 Überfüllte Busse

Protokoll:

Stadtrat Fritz/DIE LINKE äußert, dass die Schulbusse sehr überfüllt seien, vor allem in den Hauptverkehrszeiten. Er erkundigt sich daher, ob der Landkreis hieran arbeite und wünscht sich eine Entlastung.

Oberbürgermeister Arnold antwortet, dass der Landkreis daran arbeite.

Auszug
zur weiteren Bearbeitung an Amt:
nachrichtlich an Amt: 40

Für die Richtigkeit!

Den
Oberbürgermeister:

Den
Stadtrat:

Den
Schriftführer:

Den
Stadtrat:

Gesehen!

Den
Stadtkämmerei: